

---

## Öffentliche Jahreshauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft 2023

Hamburg und online, 25.02.2023

*Bericht von Stephani Streloke*

### Eröffnung und Grußworte

Mit einer kleinen Verspätung eröffnete *Manuel Sarrazin*, Präsident der SOG, die Jahreshauptversammlung. Er hieß die Teilnehmenden und die Gäste, darunter die diesjährigen Preisträger\*innen des Dissertationspreises, des Journalistenpreises und der Konstantin-Jireček-Medaille, willkommen. Sarrazin begrüßte außerdem den Ehrenpräsidenten der SOG, *Gernot Erler*, Stiftungsrückgründerin Dr. *Helga Exner* und Stiftungsvorstand Frau Dr. *Eva Denk*, welche, zusammen mit weiteren Teilnehmenden, online zugeschaltet waren.

Als erste Rednerin sprach Botschafterin *Susanne Schütz*, Beauftragte für Südosteuropa, die Türkei, OSZE und Europarat. Sie erinnerte an die Jahreshauptversammlung von 2022, wo man völlig fassungslos auf die ersten Angriffe Russlands auf die Ukraine geblickt habe. Heute seien diese Gräueltaten zu unserem Alltag geworden. Jedoch habe sich die Ukraine als stärker erwiesen, als man vor einem Jahr gedacht habe. Die Stabilität und Einigkeit in der EU hätten noch einmal an Bedeutung gewonnen. Die Bundesregierung habe das deutlich gemacht, auch durch die Ernennung von Manuel Sarrazin zum Sondergesandten der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans. Im Juli 2022 hätten Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien begonnen. Bosnien und Herzegowina sei seit Dezember 2022 Beitritts-

kandidat. Ein Assoziierungsabkommen mit Kosovo und Serbien müsse nun ebenfalls gelingen. Davon werde die gesamte Region profitieren. In der Reformdynamik der EU dürfe nicht nachgelassen werden. Die EU müsse mit ihrer Beitrittsperspektive glaubwürdig bleiben. Deshalb bereite es ihr Sorge, wenn Bulgarien im Streit um den Beitritt Nordmazedoniens Forderungen aufstelle, welche den Prozess bremsen. Schütz bedankte sich dafür, dass die SOG in ihren Bemühungen um die Region nicht nachlasse.

Als nächste Rednerin sagte *Almut Möller*, Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten, sie freue sich, dass die Jahrestagung in Hamburg stattfinde, welches ja nicht gerade das Zentrum der Südosteuropakontakte sei. Die natürliche Geographie sei etwas weiter weg von SOE als München, aber die Zusammenarbeit mit der Region sei trotzdem wichtig und sie fühle sich verpflichtet, an diesem Thema mitzuarbeiten. Der derzeitige Fokus der Politik auf den Westbalkan und SOE habe auch mit dem russischen Angriffskrieg zu tun. Der Hamburger Senat habe einen Pakt mit dem Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, geschlossen mit dem Ziel, humanitär zu helfen, aber auch mit der Perspektive einer strategischen Zusammenarbeit nach dem Wiederaufbau auf gleicher Ebene.

„Wir vertrauen darauf, dass die Ukraine wieder die Gelegenheit haben wird, als souveräner Staat in Europa eine Zukunft aufzubauen.“ Deutschland müsse sich noch stärker zu SOE hinwenden. Sie sei dankbar, dass die SOG sich für die Region einsetze und freue sich, dass wissenschaftliche Exzellenz aus der Region auf dieser Veranstaltung ausgezeichnet werde und sie dabei sein dürfe.

### Jahresbericht

In seinem Jahresbericht listete nun *Manuel Sarrazin* die SOG-Veranstaltungen im Jahr 2022 auf. Hervorstechend sei das „Berlin Process Civil Society & Think Tank Forum“ im November gewesen. Auch von den Zweigstellen seien zahlreiche Veranstaltungen organisiert worden. Die Geschäftsstelle sei durch die ehrenamtliche Arbeit der Zweigstellenleiter\*innen zusätzlich gut aufgestellt. Die Nachwuchsförderung stelle einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit dar. Auch andersherum fördere der Nachwuchs manchmal die SOG, weil die jungen Wissenschaftler\*innen Veranstaltungen auch inhaltlich mitgestalteten, so bei der alljährlichen Hochschulwoche in Tutzing. In den letzten Jahren habe es ein verstärktes Interesse der jüngeren Generation an der SOG gegeben. Sie sei in den vergangenen zwei Jahren um 80 Mitglieder angewachsen, von denen ein großer Teil unter 35 Jahren alt sei. Mitte März 2023 solle nun die „Junge SOG“ gegründet werden, speziell für Nachwuchswissenschaftler\*innen.

Im Jahr 2023 werde die Türkei ein wichtiges Thema sein. Die Republik Türkei feiere dieses Jahr ihr einhundertjähriges Bestehen. Zudem stünden Wahlen an. Das katastrophale Erdbeben vom Februar 2023 habe gezeigt, wie eng der Zusammenhalt zwischen den Ländern der EU und der Türkei beziehungsweise Syrien sei, die große Hilfsbereitschaft habe dies untermauert.

*Sarrazin* beendete seinen Jahresbericht damit, dass er auf das hohe Renommee hinwies, welches die SOG in der internationalen Fachwelt genieße. Er dankte dem Auswärtigen Amt in Person von Susanne Schütz für die Unterstützung, die sie und ihre Abteilung der SOG biete. Politik, sagte *Sarrazin*, werde von Menschen gemacht. Er dankte deshalb auch allen Mitarbeiter\*innen in den Gremien der SOG und allen

aktiven Mitgliedern, außerdem ausdrücklich dem Team der Geschäftsstelle. Überleitend zu den nun anstehenden Preisverleihungen dankte er der Fritz und Helga Exner-Stiftung für die Möglichkeit, den Dissertationspreis zu finanzieren und auszuloben.

### Verleihung der Dissertationspreise der Fritz und Helga Exner-Stiftung: Laudationes

Weil Jun.-Prof. Dr. *Valeska Bopp-Filimonov* von der Friedrich-Schiller-Universität Jena erkrankt war, hielt Dr. *Franz-Lothar Altmann* aus dem Preis- und Stipendienrat der SOG stellvertretend die Laudatio. Er sagte, alle vorgeschlagenen Kandidat\*innen hätten herausragende Leistungen auf dem Gebiet der SOE-Forschungen nachgewiesen. Die Auswahl sei nicht leicht gefallen. Alle eingereichten Arbeiten seien als summa- oder magna cum laude bewertet worden. Die Wahl sei schließlich auf *Andreas Pfützner* und *Kristine Andra Avram* gefallen.

*Altmann* verlas im Folgenden mit nur wenigen Zusätzen das Manuskript von *Bopp-Filimonov*. Ausgangspunkt der Arbeit von *Pfützner* sei 1866, der Beginn des Prozesses der Konstitutionalisierung eines rumänischen Staates. In diesem Prozess verweigerte man den Juden die erhoffte Emanzipation und erklärte sie zu „legalen Fremden“. Nur Christen konnten rumänische Staatsbürger\*innen werden. Der Berliner Kongress hielt 1878 jedoch fest, dass erst Minderheitenrechte festgeschrieben werden müssten, bevor Rumänien als souveräner Staat anerkannt werden könne. *Pfützner* sei auf Ursachenforschung gegangen. Seine Frage: Wie kam es zu diesem Umgang mit der jüdischen Bevölkerung? Die Arbeit schließe eine Forschungslücke. *Pfützner* habe neues Quellenmaterial erforscht und könne bisherige Interpretationsansätze schlüssig kommentieren und beantworten. Dafür habe er in Archiven weltweit recherchiert, unter anderem in Paris, Cincinnati, Bukarest, Berlin und Oxford. Seine Arbeit werde auch ins Rumänische übersetzt werden und man dürfe gespannt auf Reaktionen von dort sein. *Altmann* gratulierte *Pfützner* herzlich. Der Preis wurde durch *Manuel Sarrazin* verliehen.

Es folgte die Laudatio für *Kristine Andra Avram* von der Philipps-Universität Marburg, die ebenfalls von *Franz-Lothar Altmann* auf der Grund-

lage des Manuskripts von *Valeska Bopp-Filimonov* gehalten wurde. Avram behandle in ihrer Arbeit mit dem Thema „Responsibility – A Kaleidoscopic View“ die Fragestellung: Wie geht die Gesellschaft mit der Verantwortungszuschreibung von staatlicher Gewaltanwendung um? Fallbeispiel sei Rumänien mit seiner blutigen Diktatur, der ein ebenso blutiger Umsturz folgte, sagte *Altmann*. Avram habe für ihre Arbeit 800 Seiten Gerichtsdokumente zu vier Strafverfahren ausgewertet. Zusätzlich habe sie mit Regimeanhängern ebenso wie mit ehemaligen politischen Häftlingen gesprochen, außerdem mit Familienangehörigen von beiden Seiten und mit Studierenden. Aus diesen verschiedenen Blickwinkeln auf das Geschehene sei ein Kaleidoskop von Sichtweisen entstanden. In Rumänien scheine ein Schweigen über diese Zeit zu herrschen, welches es der jüngeren Generation erschwere, Verantwortlichkeiten zu erkennen. In Avrams Arbeit sei das Justizwesen als Subjekt der Verantwortung identifiziert und als zukünftiges Forschungsfeld eröffnet worden. Auch die Übersetzung dieser Arbeit, die mit *summa cum laude* bewertet wurde, ins Rumänische sei geplant. Mit herzlichen Glückwünschen überreichte *Manuel Sarrazin* die Urkunde an Avram.

### Erwiderungen

*Kristine Andra Avram* bedankte sich für den Preis und sagte, sie habe eine Arbeit über Verantwortung geschrieben. Wem solle man diese in repressiven Staaten zuschreiben? Wen verantwortlich machen für die Verarbeitung der Verbrechen? Dies sei Teil eines Verstehens- und Deutungsprozesses. Welche Erzählungen wir über die Gewalt hätten, beeinflusse, wem wir die Verantwortung zuschreiben würden. „Wenn wir durch die Röhre eines Kaleidoskops blicken,“ sagte Avram, „so sind die Bilder, die wir sehen, vieldeutig“. Genauso vieldeutig sähen die von ihr Befragten die Verantwortung für die in der Diktatur verübten Verbrechen. Aber auch in gegenwärtigen Konflikten müsse man eine solche Vieldeutigkeit anerkennen und aushalten. Der Ansatz ihrer Arbeit sei ein erzählerischer. Sie schildere die Erlebnisse von Überlebenden der Lager, von überlebenden Funktionären, beides über Generationen hinweg und erlebt mit unterschiedlichem Grad der Nähe zu dieser Gewalt. Es sei eine Arbeit nicht nur über Verantwortung, sondern auch über Rumänien.

Ohne die 59 Menschen, die sie interviewt habe, gäbe es diese Arbeit nicht.

*Andreas Pfützner* dankte in aller Kürze für den Preis und sagte, dass der von ihm benutzte Anomalietopos in Rumänien bereits sauer aufgestoßen sei. Er habe in seiner Arbeit Rumänien in die gesamteuropäische Entwicklung einbetten und nicht als Sonderfall darstellen wollen. Pfützner dankte allen, die ihm bei der Arbeit geholfen hatten.

### Verleihung des Journalistenpreises für die deutschsprachige Berichterstattung aus und über Südosteuropa: Laudatio

*Krsto Lazarević* und *Danijel Majić* vom Podcast „Neues vom Ballaballa-Balkan“, die 2022 selbst Preisträger des Journalistenpreises waren, hielten die Laudatio für *Franziska Tschinderle*. Sie befasse sich seit 2015 mit der Region SOE und den Westbalkanstaaten. Damals habe sie von der Balkanroute berichtet, genauer von der Lage im Grenzgebiet Serbien/Nordmazedonien/Kosovo. Sie habe mit einem serbischen Busfahrer gesprochen, der sagte, in Kosovo sei es nicht gut, da solle sie nicht hinfahren. Ach, dachte sie sich als gute Journalistin, dann muss ich doch mal dorthin fahren. Heute sei *Tschinderle* die erste Korrespondentin für ein deutschsprachiges Printmedium in Tirana, da sei noch keine/r gewesen, so *Lazarević*. *Danijel Majić* sagte, er und *Lazarević* müssten sich an die eigene Nase fassen, weil auch sie in ihrem Podcast nicht über Albanien berichteten. *Tschinderle* dagegen habe den Versuch gestartet, Albanien und den albanischen Sprachraum zu einem Gegenstand von Berichten im deutschsprachigen Raum zu machen. Sie habe bereits zwei Bücher über Albanien veröffentlicht.

### Erwiderung

*Franziska Tschinderle* sagte, dass sie ihre Auszeichnung auch als „Bestätigung für einen Journalismus, der einen Schwerpunkt hat“ sehe. Die Spezialisierung auf einen Themenbereich gehe im Journalismus immer mehr verloren. Es herrsche die Vorstellung, dass Journalist\*innen alles können und wissen müssten und auch in allen technischen Belangen perfekt seien – Fotos aufnehmen und liefern, Podcasts und Social Media bestücken und ähnliches. Früher wären diese Bereiche von mehreren Personen bedient



Der Präsident der SOG mit den Preisträger\*innen. V. li. n. re.: Manuel Sarrazin, Franziska Tschinderle, Kristine Andra Avram, Prof. Dr. Diana Mishkova, Andreas Pfützner. Foto: SOG, 2023

worden, heute solle eine Person alles machen, bei gleichzeitig sinkenden Honoraren.

Sie selbst sei zu ihrer Zeit als Auslandskorrespondentin für SOE mit Sitz in Wien sehr unzufrieden gewesen. Über Distanz und nur über Skype Kontakt zu Personen vor Ort aufzubauen, sei nicht sehr tiefgründig gewesen. „Verdammt, ich gehöre einer falschen Generation an“, habe sie gedacht. Daraufhin habe sie sich auf eigene Faust aufgemacht, um vor Ort als Korrespondentin zu leben und zu arbeiten. Dies sei „eine der besseren Entscheidungen“ in ihrem Leben gewesen. Es sei gut für die Zeitungen, für die sie arbeite, für die Leserinnen und Leser und vor allem für die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung. Vor Ort habe sie das Vertrauen zu den Menschen aufgebaut und so auch die Gelegenheit gehabt, mit einer Begleitung wie Aida Kulenović, einer ehemaligen Gerichtsübersetzerin aus Pristina, durch Albanien zu reisen und für ihr 2022 erschienenes Buch „Albanien: Aus der Isolation in eine europäische Zukunft“ zu recherchieren. Allein hätte sie dies nicht geschafft. Auch die Arbeit mit dem Fotografen Ilir Tsouko sei sehr wichtig. Mit ihm habe sie für das ZEIT-Magazin im Juli 2022 die Reportage über afghanische Flüchtlinge „Ein Jahr am Strand“ in einem Hotel an der albanischen

Adriaküste gemacht. Aufwändige und manchmal auch gefährliche Recherchen mache man nur im Team, und deshalb sei der Preis auch für alle, die mit ihr zusammenarbeiten.

#### **Verleihung der Konstantin-Jireček-Medaille für besondere Leistungen in der Südosteuropaforschung: Laudatio**

Die Laudatio auf die Preisträgerin Prof. Dr. Diana Mishkova wurde von Prof. Dr. Ulf Brunnbauer, Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung, Inhaber des Lehrstuhls Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg, auf Englisch gehalten. Er bezeichnete die Geehrte aufgrund ihrer umfangreichen akademischen Leistung mit dem österreichischen Ausdruck „Wunderwuzzi“, und er selbst könne nur daran scheitern, eine angemessene Laudatio zu halten. Zum Namensgeber des Preises, Konstantin Jireček, sagte er, dass dieser nicht nur Historiker, sondern eine Zeit lang auch Erziehungsminister in Bulgarien gewesen sei. Er hinterließ ein Tagebuch über diese Zeit, und im Oktober 1882 schrieb er, dass er zusammen mit zwei Kollegen über die Gründung einer bulgarischen Universität fantasiert habe. Genau 100 Jahre später, 1982, habe eine sehr talentierte junge Frau an der Universität Sofia in Geschichte gra-

duiert – Diana Mishkova. Dies sei die Grundlage für eine brillante und sehr beeindruckende akademische Karriere gewesen. Die Zeit fehle, alle ihre Gastprofessuren weltweit aufzuzählen, sagte Brunnbauer. Aber, und dies müsse er betonen, Mishkova sei immer wieder nach Bulgarien zurückgegangen und nicht im Ausland geblieben. Sie engagiere sich erfolgreich dafür, dass bulgarisches Wissen auf internationalen Veranstaltungen eingebracht werde. Seit 2009 sei sie Vorsitzende (und Mitgründerin) des Centre for Advanced Study in Sofia (CAS). Damit leiste sie unschätzbare Arbeit für die Internationalisierung der Forschung in einem Land, in dem diese definitiv keine Priorität im politischen Tagesgeschäft habe. Brunnbauer merkte an, dass Mishkova erst die zweite Frau sei, welche die Konstatin-Jireček-Medaille erhalte; hier müsse die SOG noch nachbessern. Es seien ihre Forschungsarbeiten und ihr unermüdliches Fördern der Recherchen anderer, vor allem durch CAS, für die Mishkova heute ausgezeichnet werde. Es sei keine Übertreibung, sie in die Riege der weltweit führenden Historiker\*innen Südosteuropas einzureihen. Sie gebe der Region eine eigenständige und unabhängige Stimme, fern von den oft orientalisierenden Zuschreibungen westlichen Ursprungs.

### Erwiderung

Preisträgerin Prof. Dr. *Diana Mishkova*, Director, Centre for Advanced Study (CAS), Sofia University St. Kliment Ohridski, dankte Brunnbauer, der selbst ein herausragender Historiker sei, für seine „herzerwärmenden“ Worte. Er habe betont, dass sie ihre Forschung länderübergreifend und vergleichend ausgelegt habe, und das sei ihr tatsächlich besonders wichtig. Ihre eigene regionale Forschung habe sie befähigt, ein Netzwerk junger Forscher\*innen aufzubauen. Ihre heutige Ehrung basiere auf dieser kollektiven Forschungsarbeit, so wie auch ihre jüngste Veröffentlichung, *Entangled Histories of the Balkans*, die vier Bände umfasse.

Ein Antrieb ihrer Forschung sei, von der Peripherie aus auf Europa zu blicken. Dies eröffne Perspektiven und Inhalte, die sonst verborgen geblieben wären. Ihre Hauptmotive in den letzten 30 Jahren seien gewesen, durch Networking eine Balance zwischen dem vorherrschenden regionalen Ungleichgewicht herzustellen sowie

den Nationalisierungstendenzen in der Region etwas entgegenzusetzen. *Mishkova* bedankte sich für die Ehrung in Form von Medaille und Urkunde, die von *Manuel Sarrazin* überreicht wurden.

### Podiumsdiskussion: Zeitenwende in Europa: Perspectives on the Future of EU Enlargement in Times of War

Nach den Preisverleihungen ging es weiter mit der Podiumsdiskussion. Gäste waren *Ditmir Bushati*, Dr. *Cristina Gherasimov*, *Ruprecht Polenz*, *Manuel Sarrazin* und Dr. *Iryna Solonenko*. Die Diskussion wurde auf Englisch geführt und vom Freien Journalisten und Preisträger des SOG-Journalistenpreises 2021, *Keno Verseck*, moderiert. „Wie erhalten wir einen Langzeitfrieden in der Ukraine?“, fragte er Dr. *Iryna Solonenko*, Ukraine Programme Director vom Zentrum Liberale Moderne in Berlin. – Die Ukraine könne den Krieg nicht einfach beenden, wie parallel zur Veranstaltung auf einer Demo in Berlin gefordert, sagte Solonenko. Deshalb müsse der Westen die Ukraine auch weiterhin unterstützen. Es könne keinen Frieden geben, solange Territorien besetzt seien und die Menschen stürben.

*Manuel Sarrazin* in seiner Eigenschaft als Sondergesandter der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans wurde von *Verseck* zum EU-Beitrittsprozess befragt. Dieser war quasi totgesagt, doch nun auf einmal habe er neuen Schwung bekommen und die Ukraine und Moldau seien überraschend zu Beitrittskandidaten ernannt worden. Was könne *Sarrazin* zu dieser Entwicklung anmerken? *Sarrazin* sagte, er habe sich bereits 2004 für die Ukraine als Beitrittskandidatin ausgesprochen. Denn schon während des Vergrößerungsprozesses der EU zwischen 2004 und 2007 habe die Ukraine klargemacht, auf welcher Seite des neuen Eisernen Vorhangs sie sein wolle. Jeder Schritt der Balkanländer hin zum Beitritt helfe gleichzeitig der Ukraine und Moldau. Und umgekehrt helfe die Aufmerksamkeit, welche dem EU-Erweiterungsprozess seit kurzem wieder geschenkt werde, auch den Westbalkanstaaten in ihrem Beitrittsprozess.

Dr. *Cristina Gherasimov*, Außenpolitische Beraterin der Präsidentin der Republik Moldau,

Chişinău, ergänzte, die Östliche Partnerschaft, ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik, habe in Sachen EU-Beitritt nicht viel gebracht, aber sie habe zumindest die Menschen der Region einander nähergebracht. Unter diesem Aspekt sei sie eine gute Sache. Sie sei wichtig für beide Länder, sie nähmen das ernst. Man habe eine Veränderung in der langsamen Bürokratie Brüssels gesehen, und die Partnerschaft werde mehr als eine symbolische Geste sein. *Solonenko* ergänzte: Wenn 2013/14 nicht der Euro-Majdan gewesen wäre, dann wäre die Ukraine jetzt ein Vasallenstaat wie Belarus. Das daraufhin unterzeichnete Assoziierungsabkommen mit der EU habe die Bevölkerung dazu gebracht, sich hin zur EU zu orientieren.

An *Ditmir Bushati*, den ehemaligen Außenminister der Republik Albanien, stellte *Verseck* die Frage: Ist es enttäuschend, dass Albanien, das schon so lange wartet, mit anderen Kandidaten verwoben und im Beitrittsprozess vielleicht von der Ukraine überholt wird? *Bushati* sagte, die Nominierung der Ukraine und von Moldau als Beitrittskandidaten sei in Albanien positiv aufgenommen worden, denn dies habe auch die europäische Wahrnehmung der Westbalkanstaaten geändert. *Bushati* bezeichnete die schon lange in der Warteschleife ausharrenden Westbalkanländer als „professional candidates“. Man befinde sich 20 Jahre nach Thessaloniki, aber nur Kroatien habe es in dieser Zeit geschafft, auch tatsächlich Mitglied zu werden. Die von der EU verkündete Beschleunigung des Beitrittsprozesses mache ihn hoffnungsvoll, aber wenn er andererseits wieder die Diskussion höre, man müsse zuerst die EU reformieren und dann erst den WB6 eine Mitgliedschaft anbieten, dann wecke das auch wieder Zweifel.

Moderator *Verseck* fragte nun *Ruprecht Polenz*, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Münster, ob eine schnellere Integration der Westbalkanstaaten in die EU die Situation verbessert oder gar den Krieg in der Ukraine verhindert hätte. *Polenz* erwiderte, wenn man wissen wolle, warum Putin den Krieg 2014 begonnen und 2022 vollends entfacht hätte, solle man Putins Essay zur Ukraine vom Juli 2021 lesen. Darin sei nicht vom Balkan die Rede, aber von der Ukraine und von Ukrainern, die

nicht existieren, sondern alle Russen seien. Putin wolle das Europa von Jalta wiederherstellen. Die Sanktionen nach 2014 seien zu schwach gewesen. Nord Stream 2 bereits 2018 zu genehmigen, sei zu früh gewesen. Aber: Selbst wenn der Westen härter reagiert hätte, hätte das nichts geändert.

*Verseck* sagte, es sei eine fast unmögliche Transformation nötig, damit die Ukraine EU-Mitglied werden könne. Das habe er auch vor dem Krieg schon auf seinen Reisen gesehen. Und wie solle das erst nach einem Krieg möglich sein?, fragte er *Solonenko*. Diese antwortete, dass der Krieg auch Prozesse innerhalb der Ukraine anstoße wie beispielsweise den Kampf gegen Korruption. Man müsse auch während des Krieges über solche Dinge diskutieren. Sechs stellvertretende Minister hätten ihre Posten räumen müssen, weil sie in riesigen Villen lebten und ganz offensichtlich korrupt waren oder Gelder veruntreut hatten. Die EU sei nicht streng genug mit solchen Leuten. Die Justizreform komme nicht gut voran. Um das Land wieder aufzubauen, müsse die Korruption beseitigt werden und eine unabhängige Justiz geschaffen werden. Die Ukraine sei vor dem Krieg außerdem äußerst ineffizient auf dem Energiesektor gewesen. In Mariupol etwa seien völlig veraltete Kohlekraftwerke in Betrieb gewesen. Diese seien nun zerstört, und der Wiederaufbau sei eine Chance, alles besser zu machen und zu modernisieren.

*Verseck* ging nun zu Moldau über. Das Land hat offiziell drei Millionen Einwohner, inoffiziell vielleicht auch nur zweieinhalb Millionen. Es ist das ärmste Land Europas, und doch gab es 2014 einen großen Bankenskandal, bei dem mehr als eine Milliarde Dollar auf Offshore-Konten verschwanden. Wie soll man so ein Land modernisieren? Dazu sagte *Cristina Gherasimov*: Die Bevölkerung hat verstanden, dass mit einem *Captured State* jeder viel zu verlieren hat. Die Menschen signalisierten sehr deutlich, dass sie anders leben wollen. Die jetzige Regierung sei mit Abstand die beste, die das Land je gehabt habe. Viele Frauen seien in der Regierung. Jetzt gebe es große Veränderungen. Die Reform des Justizwesens gehe allerdings nicht so voran wie erhofft. Viele Richter kündigten jetzt ihre Posten, um zu zeigen, dass es so nicht weitergehe.

Moldau habe mehr Geld in den Ausbau der Energieversorgung gesteckt als in den 40 Jahren zuvor. War man vor einem halben Jahr noch vollständig abhängig von russischem Gas, so sei man das jetzt nicht mehr. Wenn Moldau ein bisschen mehr Glück mit der Stabilität in der Region hätte, könnte das Land noch viel mehr tun, sagte Gherasimov.

Zur Situation in Albanien sagte *Ditmir Bushati*, es gebe drei Schlüsselthemen auf dem Balkan: 1) Demographie: Wir schließen Abkommen ab, aber keiner will von Belgrad nach Tirana oder umgekehrt, alle wollen nach Deutschland. Der europäische Prozess solle doch aber sein, Europa zu Hause aufzubauen, nicht, es in Deutschland zu finden. Jedoch: „Politics is about bread and butter“. 2) Rule of Law: In der Region sei man schizophren. Wie viele Politiker hinter Gittern seien, wie viele Juristen ihren Posten verloren hätten, das seien in den Augen einheimischer Politiker lediglich Statistiken für die EU. Aber wichtig sei den Verantwortlichen, wie die Wirtschaft aussieht. 3) Wirtschaft: Man müsse die ökonomische Kluft überwinden. Bushati sagte, er wäre lieber erst einmal Teil zumindest des EU-Marktes, anstatt über den Berliner Prozess zu sprechen. Das würde der Region eine Zukunft sichern und die Abwanderung stoppen.

*Verseck* fragte, ob es dann Sinn mache, von der Forderung nach Rechtsstaatlichkeit Abstand zu nehmen? *Polenz* sagte, alle Kriterien seien noch gültig und wichtig. Es mache keinen Sinn, ein Land aufzunehmen, wenn es die Kriterien nicht erfülle. In Bulgarien und Rumänien hätte sich die Hoffnung, dass durch einen frühen Beitritt

der Aufbau von Rechtsstaatlichkeit beschleunigt werde, nicht bewahrheitet. Auch Ungarn und Polen seien derzeit schwierige Mitglieder mit teils abweichenden politischen Einstellungen. Wenn man eine Kohäsion zwischen mehr und mehr Ländern erreichen wolle, dann müsse man Gemeinsamkeiten haben. Warum, so fragte Polenz, haben einige Länder den Euro nicht? Dies hätte man nicht gestatten sollen. Ebenfalls sei schlecht, dass nicht alle Staaten Schengen beitreten könnten. Die EU sei nicht in einem so guten Zustand, wie sie es sein sollte.

Dem widersprach *Manuel Sarrazin*. In gewisser Hinsicht sei die EU besser aufgestellt als je zuvor, sagt er, und nannte die Corona-Bonds und die Militärhilfe für die Ukraine als Beispiel. Der politische Wille in der Region fehle teilweise, sagte Sarrazin. Die EU komme aber nur weiter, wenn die Länder selbst ablieferten.

*Verseck* fragte, was die Podiumsgäste über die Veränderungen in der EU denken. *Iryna Solonenko* meinte, die Reform der EU und die Erweiterung könnten gleichzeitig geschehen. Wenn die Beitrittskandidaten in gewissen Punkten ein Ziel erreicht hätten, sollten sie zumindest Teil des EG-Marktes werden. Das würde den Westbalkanländern zeigen, dass es vorangeht. *Cristina Gherasimov* stimmte dem zu.

Moderator *Keno Verseck* zog als Fazit: Wir sollten einander besser zuhören und Rat auch von den Beitrittsländern selbst annehmen. Mit einem Schlusswort von *Manuel Sarrazin* und Dank an alle Teilnehmenden endete die Jahreshauptversammlung 2023.